

Adalbert Evers

# Alternativen in der Kommunalpolitik?

Nachtrag zu einem kommunalpolitischen Kongress in Bielefeld, November 1980

Was Frankfurter Rundschau, Taz, Zeit, Links, Revier schon geschrieben und berichtet haben, braucht hier nicht wiederholt zu werden: ein Treffen mit mehr als 500 Teilnehmern von Bunten, Alternativen, Grünen Listen, vereinzelt auch aus Bürgerinitiativen, Stadtzeitungen und SPD; eine Podiums- und Plenumsdiskussion, die dieses Spektrum widerspiegelte, wo man allerdings mehr aneinander vorbei monologisierte als miteinander diskutierte; dann aber ein lebhafter und arbeitsintensiver zweiter Tag mit themenbezogenen Arbeitsgruppen, einem Forum zur Haushalts- und Gesellschaftspolitik der Bremer Grünen und mit diversen Treffen am Rande, wo sich die Teilnehmer selbst organisierten.

Hier soll vielmehr von drei Dingen die Rede sein, die in dieser Presseberichterstattung unterbelichtet blieben oder mangels Information fehlen mußten: dem Konzept, das hinter einem solchen Kongress stand, dem politischen Konflikt der dort aufbrach und den Schlußfolgerungen für die Richtung einer Weiterarbeit auf dieser Ebene.

## Ein Überschuß an sozialer Phantasie und ein politisches Defizit - die Herausforderung für einen solchen Kongress

Widerstand von Bürgern gegen die Zerstörung „ihrer Stadt“, Kulturzentren und Fraueninitiativen, ein Büro der Bürgerinitiativen und die informellen Treffs der „Scene“ - in welcher Stadt gibt es nicht wenigstens etwas von diesem 'patchwork' an Widerstandshandlungen, kleinen Rebellionen und sozialen Experimenten? Weit über das hinaus, was man heute so gerne als „Alternativbewegung“ begrifflich heraustrennt, gibt es das: Utopien eines anderen und besseren Lebens, kleine Fluchten und Ungehorsamkeiten; hier wird ein Ausmaß an sozialer Phantasie mobilisiert, hier wirken Träume, die nicht immer an der Aktionsform selbst ablesbar sein müssen: auch hinter dem simplen Syndikalismus einer Mieterinitiative ist der Traum von einem anderen Wohn- und Lebensmodell wach und eine Initiative, die mehr Fahrradwege fordert, will mehr als nur ihren Anteil am Autoasphalt. Während jedoch auf der Ebene der sozialen und kulturellen Aktion heute soviel an sozialer Phantasie und utopischem Überschuß mobilisiert ist wie zu keiner Zeit im Bundesdeutschland, so sieht es in der Politik, den Institutionen der Macht erbärmlich aus: welcher Programmpunkt der Parteien, welche progressive Äußerung ihrer Spitzenpolitiker kommt überhaupt von ihnen selbst, ist anderes oder mehr als Aufnahme und Reflex von Inhalten und Forderungen, die in den sozialen Bewegungen und Initiativen entwickelt wurden? In dieser Situation nun sind alternative, Grüne und Bunte Listen angetreten, um

mit der Umwandlung sozialer Utopien in politische Programmpunkte, der Aufschließung des umgrenzten Feldes der politischen Institutionen für Basisaktionen, die bisher daran abprallten, diesen Hoffnungen mehr Durchschlagskraft zu geben.

Wie aber vermitteln sich Einzelziele und Einzelaktionen im lokalen Bereich zu einer Art städtischem und kommunalem Gesamtkonzept? Was, außer etwas mehr Offenheit, Bescheidenheit, aber auch Vagheit haben solche Listen denn gegenüber linker SPD-Politik in den Kommunalparlamenten zu bieten? Was machen sie tatsächlich 'anders', oder muß man es nur 'besser' machen? Was sind denn nun „Listen“, die weder Partei noch einfach Parlaments-Bürgerinitiative sein wollen? Weil wir der Ansicht waren, daß hier bislang zu wenig gefragt worden ist, das Nachdenken erst beginnt, kurz, ein Defizit an politischen Antworten auf die sozialen und kulturellen Herausforderungen der neuen Bewegungen und Initiativen da ist, deshalb sollte der Kongress stattfinden. Also kein Spezialistentreffen für „Sachbereiche“, kein Treffen lokaler Initiativen schlechthin, sondern generell und in Einzelbereichen, wie Wohnen, Haushalt, Kultur die Frage danach, welche Grundüberzeugungen, Ziele und Aktionsformen in der Politik notwendig sind, wenn sie wieder überzeugender Ausdruck und reelle Hilfe sein will für die Emanzipationsbestrebungen der Leute, die sich gegen Konvention und Macht selbst organisieren.

## Alternativ - oder: hinter einer Plakatwand hat eine Menge Platz

Um es gleich zu Anfang zu sagen: unter der eben beschriebenen Zielsetzung, mit der ich den Kongress vorzubereiten geholfen hatte, waren die Erfolge höchst bescheiden. Die Szenerie bestätigte eher und machte anschaulich, was vermutet worden war: Was sich hier alternative Politik nennt, sind zumeist Versuche, die neuen sozialen und kulturellen Forderungen in den „sozialistischen“ politischen Schemata von gestern einzufangen; und wenn in den Arbeitsgruppen nicht immer wieder das Phänomen aufgetaucht wäre, daß viele von denen, die sich da Genossen nennen, praktisch schon lange tun, die sie „theoretisch bekämpfen“, dann wäre es um die wenigen Ansätze (wie etwa die der Bremer Grünen Liste), wo die wachstums-kritischen und ökologischen Impulse der Bewegungen auch im Ansatz zu einer neuen Politik führen, wohl schlecht bestellt. Was sich da auf dem Kongress als „alternativ“ angesprochen fühlte, zerfiel praktisch in zwei Hauptgruppen. Geordnet nach Lautstärke und Selbstsicherheit des Auftretens stellen wir vor: In der Abteilung I die beiden traditionellen Varianten des betont sozialistischen Angebots:

- die linksradikale Variante: Wohnen, Kultur, Selbsthilfe und Bürger-Initiative? Nun, die Politik kann sich ihren Rohstoff nicht aussuchen, aber sie kann ihn formen; deshalb also bitte recht bald auch wieder: Imperialismus, Internationalismus, raus aus der NATO, und weg von der „Regierungsjugend“ (lies: Jusos). Tatsächlich, es muß noch viel gearbeitet werden, so meinen die Vertreter der „Z-Gruppe“ (eine klandestine in der Grünen Partei arbeitende Kommunistische-Bund-Abspaltung, die in der Bunten Liste Hamburg tonangebend ist, aber auch bei der Alternativen Liste Westberlin oder auch der Bielefelder Liste mitzumischen sucht) damit zusammen mit uns aus den Bewegungen und Initiativen von heute das wird, was wir gestern und vorgestern schon gern gehabt hätten;
- die linksreformerische Variante: ohne die neuen Bewegungen geht nichts mehr, auch wenn sie manchmal „ganz schön verrückt“ sind; wir müssen daraus ordentliche Politik machen, das praktisch umsetzen, wovon linke SPDler immer nur reden durften, hartnäckige Reformpolitik mit Augenmaß gewissermaßen; besonders ausgeprägt fand sich diese Position bei der Bielefelder Bunten Liste, verstreut aber auch bei anderen lokalen Gruppen- und Listenvertretern (daß die paar Kämpen von der DKP hier noch am ehesten Vertrautes witterten, wen wunderts?)

In der Abteilung II nun politische Ansätze und Verhaltensweisen, die neu sind:

- „gewählte Parlamentsvertreter“, die eher sprachlos, verunsichert oder mißtrauisch waren: sprachlos in der Hitze einer Debatte, die es den Leuten ohne „Standpunkt“ schwer machte, verunsichert, da aus der Bewegung in die Politik gedrängt, mißtrauisch gegenüber den heiligsten Gütern der eigenen sozialistischen Vergangenheit, aber auch gegenüber der Eloquenz von Grünen, wie Olaf Dinné; nur auf sie will eigentlich jene Selbst-Minimalisierung so recht passen, die doch alle Gruppen in zur Schau getragener Demut vor „der Bewegung“ so gern beanspruchen: nichts weiter als ihr kommandiertes Glied, genauer, ihr „parlamentarischer Arm“ zu sein,
- schließlich die wachstumskritische Position der Bremer Grünen, die in dieser Gruppe skeptische Zuhörer, bei den sattelfesten Sozialisten schon gewappnete Gegner fanden: respektlos und oft rüde, jedenfalls nie in der Defensive; sie möchten staatliche Haushalte nicht ausweiten, sondern reduzieren, reden vom sparsameren Wirtschaften und der Entstaatlichung.



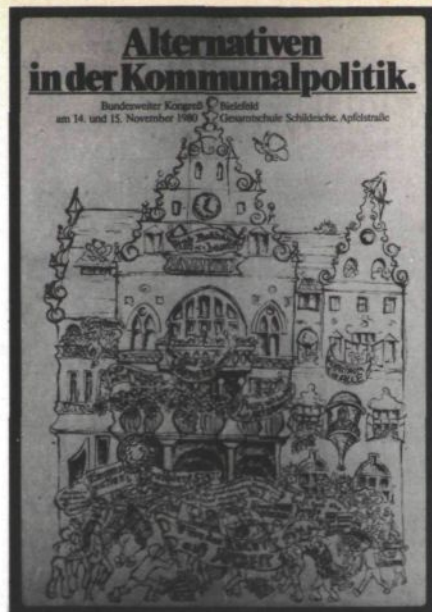
Für diese Position wurden auf dem abschließenden Forum, aber bisweilen auch in den Arbeitsgruppen, Frau Thatcher und Herr Biedenkopf als Vergleichsgrößen bemüht, und das sagt auch schon etwas über die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen den „Alternativen“. Gegenüber den Bremer Dissidenten war die sozialistische Einheitsfront leicht hergestellt und trotzdem: in der Forumsdiskussion wuchs die Zahl derer, die glaubten, daß da „an den Bremer Sachen doch etwas dran ist“.

### Es gibt unvereinbare Ausformulierungen und nicht nur Varianten alternativer Politik

Das war die Schlußfolgerung, mit der wahrscheinlich nicht nur ich von diesem Kongress wieder nach Hause fuhr, eine Schlußfolgerung aber, die ein ganz großer Teil der Kongressbesucher nicht teilt: für sie lag und liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte, zwischen den Bremer „Übertreibungen“ und dem Dogmatismus der „Zler“. Wie aber, wenn beide Seiten nur in zugespitzter Form die Quintessenz zweier nicht mehr vermittlungsfähiger politischer Angebote für den weiteren Weg (lokaler) sozialer Initiativen und Bewegungen darstellen?

- ein „sozialistischer“ Weg: Krise heißt hier zuallererst und fast ausschließlich: Lastenabwälzung auf die traditionell Schwächsten in der Gesellschaft; Verteidigung des auch lokal und kommunal durchgesetzten „sozialen Besitzstandes“ muß demnach als zentrales Ziel der Bewegungen folglich aktueller denn je sein; Sparparolen sind allemal Parolen der Rechten, und wenn der kommunale Apparat nichts besseres als Gesamtschullernfabriken, soziale Wohnungsbaubüros und ein paar mehr Sozialarbeiterplanstellen zu bieten hat, so ist das sicher schlecht oder zu wenig, aber ein Stückchen Fortschrittslist setzt sich bei dieser Art der Entprivatisierung auch durch – spätestens, wenn die Linke per Investitionslenkung (demokratisch, versteht sich) oder Revolution den Apparat erobert; angesichts der Krise aber und ihrer eigenen Schwäche hat sie heute nur eine Wahl: das kleinere Übel eines verschwenderischen und bürokratischen Wohlfahrtsstaates mitzutragen (umso mehr, als sich die SPD hier aus der Verantwortung stehlen will), um nicht dem größeren Übel der freien Gesellschaft, der Privatinitiative à la Biedenkopf anheim zu fallen; unter dieser Perspektive muß es eigentlich den sozialen Initiativen vor allem um das gehen: zu verteidigen, bewahren oder vermehren, was aus den 70er Jahren – wie immer – überkommen ist (das schließt Agitation und Propaganda für eine bessere Zukunft nicht aus);

- ein Weg radikaler „Wachstumskritik“: die schlichte Einsicht, daß es nicht mehr so weitergeht wie bisher, kann und wird nichts und niemanden ausschließen; um angesichts der technokratisch-autoritären Mutation von Politik und Gesellschaft in dieser Krise (und das ist ihr wichtigster Inhalt) sich mit Aussicht auf Erfolg verteidigen zu können, müssen auch die eigenen sozialen Ansprüche und die Formen ihrer Herstellung und Sicherung überdacht und neu strukturiert werden; daß es solcher Veränderungen bedarf, wußten schon die Qualität-des-Lebens-Jusos; daß dieser Staat nicht ihr Meister sein kann, daß sie auch weh tun



werden und ressourcenschonender sein müssen, diese Lektion, so meinen die Bremer Grünen, ist erst noch zu lernen. Ihre Konsequenz: Machtkompetenzen des Staates überall dort zu beschneiden, wo sie faktisch Un-Soziales bewirken, auch bei den Posten innerhalb der „Sozialausgaben“, die als „investiver“ Teil dazu dienen, die Geschäfte einer Neuen Heimat, diverser Pharma- und medizinischer Apparatersteller unter der schönen Rubrik „Soziales“ aufrechtzuerhalten; wenn hier in den 80er Jahren soziale Interessen nicht noch weiter unter die Räder der Investorenlogik kommen sollen, dann bedarf es der „Entstaatlichung“ im Sinne des Aufbaus neuer kollektiver Sicherungen, Initiativen und Selbsthilfeformen der Betroffenen selbst: Rechte, die nicht einfach am Staat vorbei, sondern nur in der Konfrontation mit ihm zu realisieren sind; eine „selbstverwalterische“ gesellschaftliche Perspektive also, jenseits der Optionen „haltet den (Sozial-)Staat“ oder „mehr Markt- und Privat-Initiative“; in dieser Perspektive sind nun lokale Initiativen und Bewegungen vor allem das: Ansätze zur Neuformulierung und Durchsetzung von Interessen, die über den Erhalt sozialen Lebens hinaus eine Chance bieten, in der Offensive gegen die Zerstörungskraft des programmierten Staates eine selbstbewußte und zur Selbstverwaltung fähige Gesellschaft (wieder?) herzustellen.

Nun kann man angesichts dieser letzten Position, ihrer provokativen und utopischen Zügen, sicher diskutieren, fragen, kritisieren: ob die nicht mehr staatlich beantworteten Bedürfnisse nicht schneller wiedervermarktet und rehierarchisiert werden, als sie von sozialen Kollektiven in egalitärer Form neu organisiert werden können; oder konkreter: wie es lokal zu machen ist, daß die Gelder, die nicht im herkömmlichen sozialen Wohnungsbau verschwendet werden sollen, nun einer lokalen Selbsthilfegruppe oder Genossenschaft zugute kommen, die den Namen „gemeinnützig“ verdient?

### Der Bielefelder Kongress: ein Anfang, zwei Fortsetzungen

Ein Teil der Linken, es sind sowohl Radikale wie Reformisten, fragen hier nicht; sie antworten einem politischen Gegner. Den jedenfalls haben sie im „Herrn Dinné und Konsorten“ ausgemacht, der, wie sie formulierten, „Thatcherismus“ in Deutschland treiben will. Einen neuen Kongress der Alternativen unter Einschuß der Bremer? Den wollen

sie trotzdem, denn „nur in der Konfrontation ist der Gegner zu entlarven.“ Umgekehrt die Bremer Vertreter: sie möchten nicht nochmal an „gemeinsamen“ Veranstaltungen teilnehmen, die dazu dienen sollen, einmal mehr klar zu machen, daß es keine Gemeinsamkeiten gibt. So werden sich die vielen Spontis, Ex-Jusos, Studenten-Linke, Ökologen und SPDler also entscheiden müssen. Nicht zwischen „der Bremer“ und der „XY-Position“, sondern zwischen zwei Optionen: entweder einem Kongress, in dem die Bremer Grünen und ähnliche wachstumskritische Positionen nicht als gegnerisch sondern mindestens als dialogfähig betrachtet werden, oder einem Kongress, bei dem die linke Einheit (vielleicht nur) durch das Fehlen solcher wachstumskritischer Positionen gewahrt bleiben wird. Ich selbst werde in der ersten Richtung weiterarbeiten: es gibt erste vage Überlegungen für ein Treffen in Bremen in einem Jahr, mit weniger Publizität, aber einer genaueren Inhaltsangabe: was kann heute auf kommunaler Ebene für eine radikal wachstumskritische Politik geleistet werden?; in die zweite Richtung ist eine themenbezogene Fortführung (Wohnungskampf, Rechte der Ausländer o.ä.) bereits angekündigt. Wie immer: auch auf lokaler Ebene wird aus dem Spektrum von grün bis rot kein bunt-alternativer Regenbogen mehr zu machen sein. Und welche Folgerungen, bitte, zieht der Leser?

Ein kleiner Reader mit den wichtigsten Materialien zum Kongress wird von der Bielefelder Bunten Liste gerade fertiggestellt; hier, Elsa Brandströmstraße 13, 4800 Bielefeld 1, sind auch Vorbestellungen möglich.

## BÜCHER BÜCHERBOGEN BÜCHERBOGEN

Stadtbahnbogen 593 Am Savignyplatz  
D-1000 Berlin 12 Telefon 312 19 32

**Bücher zum Thema:**  
**Siedlerbewegung und Gemeindebau Wien**

Rainer Bauböck  
**Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919 – 1934**  
Salzburg 1979, ca. DM 45,—

Hans und Rudolf Hartmann  
**Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919 – 1934**  
Wien 1980, ca. DM 212,—

Wilfried Posch  
**Die Gartenstadtbewegung in Wien. Persönlichkeiten, Ziele, Erfolge und Mißerfolge in: Bauforum Nr. 77/78,**  
Wien 1980, ca. DM 6,—

Margarethe Schütte-Lihotzky  
**Wohnungsbau der zwanziger Jahre in Wien und Frankfurt/Main in: M. Andritzky, G. Selle (Hrsg.), Lernbereich Wohnen, Reinbeck 1979, 2 Bde. a DM 9,80**

Manfredo Tafuri  
**Vienna Rossa, La politica residenziale nella Vienna socialista 1918 – 1933**  
Mailand 1980, DM 49,80

**Ausstellung zum Thema:**  
**Siedlerbewegung im „Roten Wien“ veranstalten: BÜCHERBOGEN und ARCH+**  
**Eröffnung: 16. März 81, 19 Uhr**